

anderer Eintrag	02.03.2020
An: Bürgermeisterin Sonja Leidemann	ggf . Nummer
<input type="checkbox"/> <b>Antrag</b> gemäß § 9 Geschäftsordnung (Änderungsantrag)  <input type="checkbox"/> <b>Vorschlag zur Tagesordnung</b> (§ 48 GO iVm § 2 Geschäftsordnung)  <b>zur Beratung im:</b>  <input checked="" type="checkbox"/> <b>Anfrage</b> (§ 10 Geschäftsordnung) zur Stellungnahme	nachrichtlich <input checked="" type="checkbox"/> Bürgermeisterin <input type="checkbox"/> Ausschussvorsitzender d.  <input type="checkbox"/> SPD-Fraktion <input type="checkbox"/> CDU-Fraktion <input type="checkbox"/> Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen <input type="checkbox"/> Fraktion bürgerforum <input checked="" type="checkbox"/> Fraktion DIE LINKE. <input checked="" type="checkbox"/> Fraktion Solidarität für Witten <input checked="" type="checkbox"/> FDP-Fraktion <input checked="" type="checkbox"/> Fraktion WBG <input type="checkbox"/> Piraten <input checked="" type="checkbox"/> WITTEN DIREKT <input type="checkbox"/> Pro NRW <input checked="" type="checkbox"/> fraktionslose Ratsmitglieder <input type="checkbox"/> Integrationsrat <input type="checkbox"/>

Betreff  
Wohnsituation der Familie Wali

Inhalt (bei Anträgen gemäß § 47 Abs. 1 oder § 48 Abs. 1 letzter Satz GO ist auch die Dringlichkeit zu begründen)

Sehr geehrte Frau Leidemann,

der Palliativpfleger Andreas Herzig hat uns mit einer Mail am 17. Februar auf die Wohnsituation der afghanischen Familie Wali / Barakzai in der städtischen Unterkunft In der Mark aufmerksam gemacht. Er führte uns vor Augen, dass sieben Menschen – darunter zwei Erwachsene – seit anderthalb Jahren dort auf 35 qm in einer Wohnung zusammen leben würden. Die 51-Jährige Mutter und Großmutter der Familie sei unheilbar an Krebs erkrankt und müsse palliativ behandelt werden. Die zweite Erwachsene sei ihre älteste Tochter (24), die auch zwei kleine Kinder hat. Neben der Enge sei der Schimmelbefall in der Wohnung für die Familie hochproblematisch und gesundheitsschädlich.

Am 20. Februar lud Andreas Herzig mit Unterstützung des Palliativnetzes Witten und des MieterInnenverein Witten und Umgebung zu einer Pressekonferenz ein, um etwas gegen die aus ihrer Sicht „menschenunwürdige Unterbringung“ zu unternehmen. Der Palliativpfleger Herzig war eingeschritten, als ein beauftragter Handwerker den Schimmel im Beisein der Familie beseitigt und die behandelten Stellen überstrichen hatte. Er berichtete in der Einladung zur Pressekonferenz von einem medizinischen Notfall, der sich aus dieser Situation ergeben habe. Inzwischen hat Andreas Herzig für die Familie eine eigene Wohnung gefunden, in die sie umziehen kann. Für diesen Einsatz sind wir ihm sehr dankbar. Die oben geschilderte Wohnsituation der Familie Wali wirft Fragen auf, die wir gerne klären möchten. Auf diese Art und Weise soll konstruktiv sichergestellt werden, dass es künftig keine ähnlich problematischen Unterbringungen mehr gibt. Wir wüssten gerne:

1. Wie lange haben die sieben Mitglieder der Familie Wali in der fraglichen Wohnung zusammen gelebt? Wie groß ist diese Wohnung? In welchem Zustand war diese Wohnung bei der Übergabe?

2. Hat sich der medizinische Notfall bestätigt? Es war die Rede von einem Verdacht auf Chlorgas-Intoxikation.

3. Mit welchem Mittel und wann genau hat der beauftragte Handwerksbetrieb den Schimmel entfernt? War die Familie dabei anwesend? Falls ja, warum gilt das als gesundheitlich unbedenklich – auch für schwerkranke Menschen?

4. Wann wurden die vom Schimmelpilz befallenen Stellen mit der Farbe überstrichen, die nach uns vorliegenden Informationen gesundheitlich unbedenklich gewesen sein soll?

5. Wann wurden der Familie andere Unterbringungsmöglichkeiten angeboten? Welche waren das und warum wurden sie abgelehnt?

6. Den Ausführungen von Andreas Herzig ist zu entnehmen, dass es Sprachprobleme gibt. Wie hat die Stadtverwaltung sich mit der Familie verständigt und sichergestellt, dass sie – z. B. etwaige Wohnungsangebote – richtig versteht?

7. Seit wann ist der Stadtverwaltung bekannt, dass die 51-jährige Frau Wali unheilbar erkrankt ist?

8. Nach unseren Informationen sind einige – nicht alle - Mitglieder der Familie Wali als Geflüchtete anerkannt. Sie haben einen geregelten Aufenthaltsstatus und müssten daher Leistungen vom Jobcenter beziehen. Hat es für die Familie die übliche Nutzungsgebühr für die Wohnung in der Mark bezahlt, sodass diese - rechtlich betrachtet - der Familie überlassen wurde? Hätte nicht auch im Jobcenter auffallen müssen, dass sieben Menschen auf sehr engem Raum zusammenleben?

9. Welchen Kontakt hatte die Stadtverwaltung zur Familie Wali? Gab es regelmäßige Besuche vom beauftragten Mitarbeiter der Caritas sowie Nachfragen – und sei es nur um sicherzustellen, dass die erforderliche Wohnungssuche Fortschritte macht?

10. Wie viele Wochenstunden durch städtische Sozialarbeiter\*innen sind für wie viele Menschen in der städtischen Unterkunft in der Mark vorgesehen? Wie ist die Betreuung der Bewohner\*innen geregelt? Bezieht sie sich lediglich auf Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus? Gibt es weiteres nicht-städtisches Personal, welches sich um die Unterkunft kümmert, etwa einen Hausmeister der SGW?

11. Ist die Stadt üblicherweise bei der Suche nach Wohnungen auf dem freien Markt behilflich? Wer ist innerhalb der Stadt dafür zuständig? Welche weiteren Organisationen bieten in Witten für diese Lebenssituation Hilfe an?

12. Wie erklärt sich die Stadtverwaltung, dass niemand ein Auge auf die Familie hatte und sie allem Anschein nach ab einem gewissen Zeitpunkt durch das Hilfsraster fiel?

13. Welche Maßnahmen ergreift die Stadt Witten, um in Zukunft besser zu gewährleisten, dass niemand durch das Hilfsraster fällt?

14. Auf welche Art und Weise wird die Stadtverwaltung sicherstellen, dass die jungen Mitglieder der Familie Wali künftig eine Perspektive haben?

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Beate Gronau  
Stv. Fraktionsvorsitzende der SPD

gez.  
Claus Humbert  
SPD-Ratsmitglied

Klaus Noske  
CDU-Fraktionsvorsitzender

Volker Pompetzki  
CDU-Ratsmitglied

Jan Richter  
Stv. Fraktionsvorsitzender  
Bündnis 90 / Die Grünen

Lieselotte Dannert  
Ratsmitglied  
Bündnis 90 / Die Grünen

Dr. Kurt-Martin Schmelzer  
Fraktionsvorsitzender Bürgerforum

Dr. Klaus-Peter Tillmann  
Stv. Fraktionsvorsitzender

Roland Löpke  
Fraktionsvorsitzender Piraten

Stefan Borggraefe  
Stv. Fraktionsvorsitzender Piraten